

# **Der geplante Stadtcasino-Neubau unter der Lupe**

**Zweite Ausgabe vom 10. August 2006**

- 1. Falsch verstandene Stadtentwicklung**
- 2. Nachteile für den öffentlichen Platzraum**
- 3. Städtebaulich zurechtgebogen**
- 4. Mehr Volumen - weniger Plätze**
- 5. Hohe Konstruktionsrisiken**
- 6. Unsichere Kosten - gewagte Finanzierung**
- 7. Mehr Business als Kultur?**
- 8. Gleich lange Spiesse in der Kulturpolitik**
- 9. Fragwürdige Öffentlichkeitsarbeit**
- 10. Fazit: Weniger wäre mehr**

Inhalt:

Kurzfassung, Detailfassung, Aktennotiz der Besprechung vom 13. Juli 2006  
und Schattenwurf-Darstellung

# Der geplante Stadtcasino-Neubau unter der Lupe

---

## Kurzfassung / 2. Ausgabe vom 10. August 2006

Die Casino-Gesellschaft ist Eigentümerin des Grundstücks am Barfüsserplatz. Deshalb ist es nachvollziehbar, dass sie einen Neubau am selben Ort plant. Aus der Sicht einer expandierenden Stadtentwicklung wäre es jedoch sinnvoller, für einen neuen Musiksaal einen Standort ausserhalb der Innenstadt zu finden, um dadurch in einem Randquartier eine Folgedynamik auszulösen.

Das neue Casino wird die heutigen Nutzungen und die Aufenthaltsqualitäten des Barfüsserplatzes beeinträchtigen und einschränken. Stichworte sind: Reduktion der Platzfläche und des betreffenden Raumes, grösserer Schattenwurf, Rodung von 11 Bäumen und zusätzlicher Platzbedarf im Eingangsbereich sowie Verminderung des Gastroangebotes um rund 80%. Indem die Regierung eine gleichzeitige Neugestaltung des Platzes negiert, verletzt sie das Prinzip der Einheit der Materie.

Baudepartement und Casinogesellschaft haben 2002 mittels einer Machbarkeitsstudie nach einer städtebaulich verkraftbaren Volumenerweiterung gesucht. Das Resultat dieser Vorarbeit wurde jedoch ignoriert und die vertretbaren Varianten einfach kumuliert, wodurch das Volumen des Neubaus zwangsläufig und absichtlich zu gross wird. Gleichzeitig hat man es unterlassen, das eingereichte Sanierungskonzept wenigstens bis zur Kostenschätzung auszuarbeiten, um Vergleichswerte zu erhalten.

Die hohen, von der Casino-Gesellschaft direkt zu finanzierenden Kosten - verursacht durch das um 50% ausgeweitete Raumprogramm - erfordern eine wesentlich höhere Veranstaltungsdichte als heute. Da diese kaum mehr mit Konzerten heutiger Prägung erreicht werden kann, müsste sich die Gesellschaft auf fremdes Terrain begeben und auch eindeutig kommerzielle Events integrieren. Damit geht sie ein Risiko ein und verliert den Nimbus der Gemeinnützigkeit. Die noble Innenausstattung verunmöglicht eine Integration von Jugend- und Populärkultur.

Spezielle gestalterische Wertvorstellungen und die damit einhergehende unkonventionelle Morphologie des Projektes führen sowohl bei der Tragstruktur wie auch bei der Gebäudehülle zu einem unverhältnismässigen konstruktiven Aufwand, der entsprechend teuer ist und gewisse Risiken mit sich bringt. Zum Beispiel ist der in der Hadid-Animation dargestellte Passantenstrom im Eingangsgeschoss - infolge der Topographie des geplanten Erdgeschosses - nicht realisierbar.

Der Grosse Rat soll noch in diesem Jahr einen öffentlichen Beitrag von 40 Mio. Franken an die Gesamtkosten von 100 Mio gutheissen. (80 Mio. für den Neubau, 20 Mio. für die damit verbundene Renovation des Musiksaals). Die Kostenkalkulation bewegt sich dabei im Unsicherheitsbereich von 15%. Weitere Kosten oder Mindereinnahmen für den Kanton fallen an durch die Lärmsanierung der Tramgeleise (bereits bewilligte 4.7 Mio.), durch den Steuerausfall der Spendengelder, durch die unentgeltliche Landabtretung und die wohl reduzierten Allmendbenutzungsgebühren im Zusammenhang mit der kleineren Platzfläche.

Der Kantonsbeitrag von 40 Mio. Franken soll als Entlastung der Staatskasse durch die gemeinnützige kulturelle Tätigkeit der Casino-Gesellschaft legitimiert werden. Eine ähnliche Argumentation würde auch für Dutzende von Kleinkunst- und Konzertbetrieben in Basel gelten, welche möglicherweise mehr Publikum erreichen, aber kaum einen Kulturfranken sehen. Um weitere Ungleichheiten bei der kulturpolitischen Unterstützungsstrategie zu vermeiden, müssten – gleichzeitig mit dem Beitrag ans Casino – verbindliche Zeichen zur Unterstützung andere Kulturbetriebe gesetzt werden.

Fazit: Weniger Casino wäre mehr Nachhaltigkeit!

# Der geplante Stadtcasino-Neubau unter der Lupe

---

## Detaillierte Fassung/ 2. Ausgabe vom 10. August 2006

*Im nachfolgenden Text wird - im Unterschied zu den Veröffentlichungen der Regierung und der Casino-Gesellschaft - auf einige problematische Aspekte des neuen Stadtcasinos hingewiesen. Im Hinblick auf mehr Transparenz für die Medien, die Politik und die Öffentlichkeit werden ferner immer noch vorhandene Unklarheiten und bisher unzureichend diskutierte Fragen aufgegriffen. Die unterdessen verfassten Ratschläge (Investitionsbeitrag/Nutzungsplan-Änderungen) vom 13.06.2006 vermögen die grundlegenden Bedenken nicht aus dem Weg zu räumen.*

Autoren:

Eine Gruppe von Basler Fachleuten aus den Bereichen Stadt-Planung, Bauwesen und Kultur, zu der u.a. der Architekt Andreas Beck sowie der Bauingenieur und Architekt Paul Bossert gehören. (paul.bossert@greenmail.ch)

---

## 1. Falsch verstandene Stadtentwicklung

Der Neubau des Stadtcasinos wird zu einer weiteren Verdichtung in der Innenstadt führen, welche aufgrund der räumlichen Engen mit der hohen Dichte nicht mehr zugange kommt. (siehe z.B. BAZ vom 10.4.02). Die Konzentration grosser Verwaltungs- und Kulturbauten auf den Bereich innerhalb der ehemaligen Stadtmauern ist typisch für Basel (z.B. im Vergleich mit Zürich) und bremst die allgemeine Stadtentwicklung, weil dadurch an anderen möglichen und gewünschten Entwicklungspolen der Stadt wichtige attraktive Leitnutzungen fehlen, welche sowohl an ihrem jeweiligen Standort als auch zwischen Zentrum und neuem Standort zu einer weiteren Entfaltung führen würden.

Das Argument, mit dem Neubau die städtische Kulturmeile stärken zu wollen, ist nicht stichhaltig, sondern wirkt als vorgeschobene Legitimation: Die einzelnen Institutionen können problemlos auch ohne räumliche Nähe funktionieren. Hingegen könnte ein neuer Musiksaal zum Beispiel in Basel-Nord oder im Bereich der Kaserne neue positive Impulse setzen.

Mehrfach liest man in den offiziellen Unterlagen von einer Aufwertung der Stadt, der Innenstadt oder des Barfüsserplatzes durch den Casino-Neubau. Doch bis heute hat niemand diese Aufwertung konkretisiert. Worin besteht diese Aufwertung denn wirklich? Und wem genau wird sie dienen?

## 2. Nachteile für den öffentlichen Platzraum

Die zahlreichen, grösseren Plätze der Innenstadt (Münster-, Markt-, Barfüsser-, Clara- und Theaterplatz) bilden in ihrer Gesamtheit eine charakteristische Qualität, welche zur Sicherung des öffentlichen Lebens nicht nur erhalten, sondern ausgebaut werden muss.

Trotz entsprechender Vorgaben im Freiraumkonzept ist aber in den letzten Jahren eine Tendenz festzustellen, die öffentlichen Räume entweder in ihren Dimensionen zu reduzieren und/oder vermehrt der privaten Kontrolle zu unterstellen. Beispiele dazu sind die verworfene Variante eines neuen Schauspielhauses auf dem Theaterplatz und das in einer Abstimmung abgelehnte Multiplex-Kino auf der Heuwaage. Mit dem neuen Stadtcasino, welches zusätzliches Bauland im Umfang von 757 m<sup>2</sup> zu Lasten des öffentlichen Raumes beanspruchen und überdies eine Fläche von 234 m<sup>2</sup> ab einer Höhe von 5.2 m Höhe überdecken würde, wird diese Serie fortgesetzt. Das im Juni 2006 veröffentlichte Konzept für ein neues Gebäude der Messe Schweiz ist das jüngste Beispiel.

Der Barfüsserplatz ist der wichtigste öffentliche Raum der Stadt. Er hat heute schon die Belastungsgrenze erreicht und erträgt deshalb grundsätzlich keine Reduktion, weder direkt flächenmässig, noch durch Zuwachs des Neubauvolumens, welches in der Wahrnehmung beengend wirkt und auch wesentlich mehr Schatten wirft als heute. Den tatsächlichen Schattenwurf haben die Verantwortlichen bisher nicht öffentlich dargestellt. Fest steht, dass die Aufenthaltsqualität auf dem Platz sinken wird (s. Situationsplan).

Zu einem grossen und wichtigen Kulturgebäude gehören auch grosszügige Zugänge für das Publikum. Beim Musikbetrieb wird das Publikum durch mehrere Türen direkt auf den Barfüsserplatz geführt, wo beträchtliche Flächen beansprucht werden. Die Verantwortlichen haben die Folgen dieser Umstellung für den Platz offensichtlich negiert. Sicher ist, dass die Flächen für beliebte Sondernutzungen reduziert werden. Märkte, Herbstmesse oder kulturelle Anlässe müssten schrumpfen oder gar weichen.

Der Casino-Neubau beeinträchtigt auch die Stadtnatur: Sämtliche elf Bäume im Süden des Platzes müssen weichen (z.T. unter Baumschutz). Ersatzpflanzungen sind zwar vorgesehen, jedoch wirkt ihr neuer Standort hinter der Barfüsserkirche reichlich hilflos.

Im Hinblick auf die angestrebte, überregionale Ausstrahlung des Casinos, auf das Zusammenwirken von Gebäude und Platz und die hier aufgezeigten problematischen Auswirkungen auf den Barfüsserplatz, ist es nicht nachvollziehbar, warum die Regierung dieses Thema erst zu einem späteren Zeitpunkt behandeln will. Offenbar ist die längst fällige Anpassung der Platzgestaltung in weite Ferne gerückt, denn eine gleichzeitige und korrespondierende Neugestaltung des Barfüsserplatzes wäre ein «Muss».

### 3. Städtebaulich zurechtgebogen

Um einen tauglichen, räumlichen Perimeter für die Architekten festlegen zu können, führten das Baudepartement und die Casinogesellschaft 2002 eine Machbarkeitsstudie durch, welche zu differenzierten Ergebnissen führte.

Für den nachfolgenden Wettbewerb griff man aber überraschenderweise nicht auf eine dieser Varianten zurück, sondern kumulierte ohne Begründung die maximal vertretbaren Volumen der Vorprojekte und gab damit den Wettbewerbsteilnehmern von Anfang an einen zu grossen Spielraum. Im Klartext: Das Baudepartement hat die Resultate der eigenen Vorarbeit ignoriert und damit auch der Casino-Gesellschaft Anlass gegeben, das Raumprogramm auszuweiten. Gleichzeitig hat man es unterlassen, das eingereichte Sanierungskonzept wenigstens bis zur Kostenschätzung auszuarbeiten, um Vergleichswerte zu erhalten.

Somit ist es nicht verwunderlich, dass der neue Baukubus jene Massstäblichkeit sprengt, die bezüglich der schutzwürdigen Bauten in der Nachbarschaft des Projektes und im Zusammenspiel zwischen Freiraum und Gebäude angemessen wäre.

Die über dem Erdgeschoss herausragende Gebäudeecke gegenüber des Restaurants zum Braunen Mütz ist zwar plastisch interessant; sie führt aber zu einer räumlichen Teilung des Platzes in zwei Bereiche, ohne dass es dafür ein funktionales Motiv gibt. Aufgrund des Verzichts auf eine gleichzeitige Neugestaltung des Platzes kann diese räumliche Neuerung auch nicht aufgefangen werden.

Der direkte Passantendurchgang vom Steinenberg zum Barfüsserplatz ist ein Trugschluss. Diese Passage ist weder ein öffentlicher noch ein fussgängergerechter Weg wie z.B. die Theaterpassage. Ein Treppenweg führt vom Nordeingang auf die Höhe des Musiksaales. Anschliessend wird der Weg wiederum zur Treppe, die dann auf dem Trottoir des Steinenberg endet. Neben der Tatsache, dass diese fiktive «Gebäuedurchwegung» bei Veranstaltungen dem zahlenden Publikum vorbehalten ist, wird tagsüber wohl kaum ein Passant diese «Abkürzung» benützen.

### 4. Mehr Volumen - weniger Plätze

Vergleicht man das bestehende mit dem zukünftigen Casino betr. Raumprogramm, so fällt als erstes auf, dass an Stelle von zwei Sälen (nebst dem Musiksaal) mit 700 und 540 Plätzen nur noch *ein* Saal mit 600 Plätzen realisiert wird. Die Gesamtfläche nimmt dennoch um 50% zu, weil einerseits die für einen zeitgemässen Konzertbetrieb notwendigen Nebenräume geschaffen und andererseits äusserst grosszügige Foyerflächen angelegt werden. Letztere sollen notwendig sein, um mit eigener Bewirtschaftung zu einem besseren Ertrag beizutragen. Hier beisst sich die Katze in den

Schwanz: je grösser das Gebäude, umso mehr kulturfremde Nutzflächen werden aus betriebswirtschaftlichen Gründen benötigt. Die Umkehr dieses Satzes gilt natürlich auch. Die Casino-Gesellschaft scheint sich dieses Zusammenhangs bewusst zu sein, denn sie versorgt in ihrer Flächenbilanz diese ertragsorientierten Foyerflächen in der Kernnutzung und nicht in der kommerziellen Mantelnutzung.

Mit dem neuen Musiksaal soll «auch ein jüngeres Konzert- und Veranstaltungspublikum angesprochen werden». Diese Aussage der Casino-Gesellschaft klingt - ohne ein konkretes Betriebskonzept - nach einem Lockmittel im Dienste des Marketings. Dagegen spricht, dass sich erstens die Casino-Gesellschaft von ihrem Kerngeschäft abwendet und zweitens, dass die noble Materialität der Ausstattung sich wohl kaum mit dem ungestümen Verhalten eines jugendlichen Konzertpublikums verträgt. Auch für die bisherigen Veranstalter von Kammermusikkonzerten wäre der «neue» Hans Huber Saal nicht unbedingt vorteilhaft. Die Saalmiete wird wahrscheinlich höher werden, und die grösseren Dimensionen sind für kleinere Veranstaltungen ungeeignet.

## **5. Hohe Konstruktionsrisiken**

Spezielle gestalterische Wertvorstellungen und die damit einhergehende, unkonventionelle Morphologie des Projektes führen sowohl bei der Statik wie auch bei der Gebäudehülle zu einem unverhältnismässig hohen konstruktiven Aufwand, der entsprechend teuer ist und ausserdem gewisse Risiken mit sich bringt. (siehe «Aktennotiz vom 13. Juli 2006» im Anhang).

Die Hauptlasten auf den auskragenden Teilen der Erdgeschossdecke und die grosse Spannweite führt bei der vorgesehenen Stahlkonstruktion zu enormen Konstruktionshöhen. Für die Fassaden und das Dach ist ein verschweisstes Pfosten-Riegel-System aus Vierkant-Stahlrohren vorgesehen, die beim Dach noch räumlich gekrümmt sind. Aus gestalterischen Gründen sollen die weitgehend verglasten Fassaden mit gelochten, neun Millimeter dicken und gegossenen Aluminiumplatten verkleidet werden. Daraus ergeben sich ebenfalls beachtliche Konstruktionsstärken. Dieselbe, ebenso aufwendige und wenig zweckmässige «Verkleidung» ist auch für das Dach vorgesehen, obwohl dieses für die Passanten auf dem Barfüsserplatz unsichtbar sein wird. Die grosse Glasfront, die als Rückwand des Podiums erstellt werden soll, ist für die Raumakustik nicht ideal.

Bis heute weiss man noch nicht, wie der Konzertsaal fundiert werden soll. Im Untergrund befinden sich die alte Stadtmauer mit dem Stadtgraben und der Birsigtunnel mit seinem alten Bachbett. Die Fundamente können deshalb erst dimensioniert werden, wenn der Untergrund freigelegt ist. Die neu im Vorprojekt vorgesehene «Auskernung» unter dem alten Musiksaal ist ebenfalls aufwendig und entsprechend teuer.

## **6. Unsichere Kosten - Gewagte Finanzierung**

Heute werden die Gesamtbaukosten für das Projekt (inkl. Renovation Musiksaal) auf 100 Mio. Fr. geschätzt. Der Neubau soll mit 40 Mio. Spenden-Franken und mit 40 Mio. Fr. aus der öffentlichen Hand finanziert werden.

Die 20 Mio. Fr. für die Renovation des Musiksaales sowie allfällige Mehrkosten sollen durch neue Hypotheken auf die Liegenschaft der Casino Gesellschaft aufgebracht werden. Diese Zahlen sind jedoch mit vielen Unsicherheiten behaftet, denn die Baukosten lassen sich beim aktuellen Projektstand nur mit einer Genauigkeit von +/- 15% beziffern. Und angesichts der komplexen Konstruktion rechnet niemand mit einem Minus von 15%. Es ist eher wahrscheinlich, dass das Projekt 115 Mio. Fr. oder mehr kosten wird.

Das Risiko bezüglich der Mehrkosten von bis zu 15 % (der geschätzten Gesamtbaukosten) wird auch zum Zeitpunkt des Kreditbeschlusses durch den Grossen Rat im Herbst 2006 noch vorhanden sein. Ein weiteres Risiko ergibt sich aus den privaten Spendengeldern. Bis heute sind erst etwa 30 Mio. Fr. gesammelt worden. Gemäss dem Regierungsratsbeschluss vom 6.9.05 müssten die Spenden allerdings seit dem 13.6.06, als der Ratschlag für einen Investitionsbeitrag verfasst wurde, die Grenze von 40 Mio. Fr. erreicht haben.

Der Kanton Basel-Stadt soll von den Anlagekosten 38.55 Mio. Fr. übernehmen. Zusammen mit den bereits bewilligten Projektierungskosten von 1.45 Mio. und der Lärmsanierung der Tramgeleise am Steinenberg in der Höhe von 4.1 Mio. kostet das Projekt Stadtcasino den Kanton 44.1 Mio. Noch unklar ist die Höhe des durch Spendengelder entstehenden Steuer-ausfalls. Das für den Neubau notwendige, zusätzliche Bauland (757 m<sup>2</sup>) und das «Überbaurecht» für das auskragende Gebäudevolumen (234 m<sup>2</sup>) sollen der Casino- Gesellschaft unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Mit diesen Schenkungen entgehen dem Staat weitere Einnahmen. Auf eine Mehrwertabgabe aufgrund der grösseren Nutzfläche soll ebenfalls verzichtet werden. Und im Zusammenhang mit der reduzierten, öffentlich nutzbaren Platzfläche werden künftig wahrscheinlich auch insgesamt weniger Allmend-Benutzungsgebühren erhoben werden können.

## **7. Mehr Business als Kultur?**

Die Casino-Gesellschaft hat bereits heute eine Hypothekarzinslast von rund Fr. 150'000.- zu tragen. Auch wenn der Bau tatsächlich nur 100 Mio. Fr. kosten würde, müsste die Gesellschaft weitere Hypotheken im Umfang von 20 Mio. Fr. aufnehmen, womit eine jährliche Zinslast von etwa 1 Mio. Fr. entstehen würde. Dies hätte eine Erhöhung der Saalmieten zur Folge, womit die Gemeinnützigkeit in Frage gestellt wäre.

Aufgrund der hohen Fixkosten sollten im neuen Casino mindestens 180 Veranstaltungen jährlich stattfinden – deutlich mehr als bisher. Angesichts der Tatsache, dass sich 3/4 der Bevölkerung nicht für klassische Musik interessiert, das Publikum überaltert ist und kein Nachwuchs in Sicht ist (BaZ vom 19.1.06), muss das Casino völlig neu vermarktet werden, um artfremde Events akquirieren zu können. Vielleicht werden jene Musikveranstaltungen, für die man das Casino eigentlich neu bauen will, in der Minderheit sein. Jedenfalls dürfte dem erarbeiteten Businessplan grosse Unsicherheit anhaften, wobei sich dann die Frage aufdrängt, was im Falle von defizitären Jahresbilanzen geschieht. Wer springt ein? Die Mäzene haben ihren Beitrag schon für die Investitionskosten ausgegeben. Kommt eine noch weitergehende Zweckentfremdung der Lokalitäten? Wird die Casino-Gesellschaft doch noch für Subventionen anstehen? Müssen aufgrund der höheren Saalmieten die Subventionen für das Symphonie- Orchester erhöht werden?

Der tendenziell schrumpfende Kultur-Etat und der Regierungsratsbeschluss vom 13.6.06 stehen in einem Widerspruch zu diesem Szenarium.

## **8. Gleich lange Spiesse in der Kulturpolitik**

In Zeiten, wo man um 1 Mio. Fr. mehr oder weniger Theatersubventionen streitet, wirft eine massive finanzielle Beteiligung des Kantons am neuen, privaten Stadtcasino kulturpolitische Fragen auf. Mindestens 45 - 50 Mio. Fr. werden die Staatskasse belasten. Investitionen haben bekanntlich immer bessere Chancen auf Unterstützung als Betriebsbeiträge. Seltsam mutet an, dass der Kantonsbeitrag bereits in der 10-Jahres-Investitionsplanung des Erziehungsdepartementes eingestellt ist.

Als Begründung hierfür liest man, die Casino-Gesellschaft erfülle «als nicht-subventionierte Organisation eine wesentliche Kulturaufgabe im öffentlichen Interesse, indem sie durch die „Quersubventionierung“ aus dem kommerziellen Bereich kulturelle Organisationen unterstützt und damit das staatliche Kulturbudget entlastet». Mit derselben Argumentation könnten nun Dutzende von Kulturveranstaltern ebenfalls die hohle Hand machen.

Zu Recht: sie alle leisten einen zwar dezentralen, aber nicht minder bedeutsamen Beitrag an das städtische Kulturleben – möglicherweise sogar für ein grösseres Publikum – ohne dass ein einziger staatlicher Kulturfranken fliesst.

Die einseitige Unterstützung der Hochkultur, welche primär von den oberen sozialen Schichten genutzt wird, führt zu Ungleichheiten, obschon im Politikplan 2006-09 zeitgenössische Kunst als explizit förderungswürdig bezeichnet wurde. Sollte der Staatsbeitrag an das neue Stadt-Casino gesprochen werden, so müssten deshalb die Entscheidungsträger gleichzeitig ein verbindliches Zeichen setzen, andere Kulturträger mit ähnlicher Grosszügigkeit zu unterstützen.

## 9. Fragwürdige Öffentlichkeitsarbeit

Die Video-Animation, die dem Grossen Rat im Hinblick auf den Projektierungskredit gezeigt wurde, ist irreführend. Es ist zum Beispiel kaum erkennbar, dass das Erdgeschoss mit einer Hülle aus Glas von der Umgebung abgetrennt ist und dass zwischen dem Foyer des Erdgeschosses und dem Steinenberg eine Höhendifferenz existiert.

In der Basler Zeitung vom 16.6.06 und auf der Webseite der Casino-Gesellschaft wurde eine Fotomontage veröffentlicht, in welcher das Projekt im Verhältnis zur Umgebung eindeutig zu klein dargestellt wurde (siehe BaZ vom 21.6.06). Dieselbe Perspektive ist auch im Anhang des Regierungsratsbeschlusses betreffend den Investitionsbeitrag vom 13.6.06 enthalten. Von der Homepage der Casino-Gesellschaft sind die Fotomontagen unterdessen nur zum Teil entfernt worden.

Die Casino-Gesellschaft wirbt auf Plakaten und in Inseraten mit dem Slogan «Mehr Barfi für alle!», obschon klar ist, dass der Barfüsserplatz kleiner, das Gastroangebot eindeutig vermindert und die Nutzung eingeschränkt wird. Letzteres lässt sich daran erkennen, dass sich die Marktfahrer schon jetzt mit neuen Standorten Richtung Theaterpassage befassen. Es entsteht der Eindruck, dass man die Herbstmesse vom Seibi vertreiben will.

Ausreichend informative Pläne, in dem auch konstruktive Aspekte erahnt werden können, sind weder auf der Homepage der Casinogesellschaft noch in den aktuellen Ratschlägen (Nutzungsplan-Änderungen, Investitionsbeitrag) enthalten. In diesen Unterlagen sind weder der Grundriss des Untergeschosses noch die Schnittpläne vorhanden.

## 10. Fazit: Weniger wäre mehr

Das Engagement der Casino-Gesellschaft für die Musik ist lobenswert, und das Bedürfnis nach einem neuen Stadtcasino ist nachvollziehbar.

Für das aktuelle Neubau-Projekt sind allerdings unverhältnismässige Rahmenbedingungen definiert, falsche Prioritäten gesetzt und die stadträumlichen Auswirkungen ungenügend berücksichtigt worden. Das Design des Neubaus mag bestechend sein, aber die nicht zu übersehenden Nachteile widersprechen den Prinzipien der Nachhaltigkeit.

Empfohlen wird eine Überarbeitung des Projektes, welche die städtebaulichen Mängel behebt, die konstruktiven und finanziellen Unsicherheiten beseitigt, und dem Staat die Gelegenheit gibt, gleichzeitig eine damit korrespondierende Platzneugestaltung zu planen und zu realisieren, welche die bestehenden Nutzungen nicht verdrängt.

## **Aktennotiz betr. Stadtcasino Neubau, Basel-Stadt**

Besprechung vom 13. Juli 2006 von 08'00 bis 12'00 Uhr im kleinen Saal des Casino  
Anwesend: Hr. Urs Giger, Arch. FH, technischer Vertreter der Casino-Gesellschaft  
Hr. Paul Bossert, Architekt, Bauingenieur, Bauphysiker & Energieexperte

### **Zusammenfassung der von Paul Bossert vorgebrachten Kritik:**

#### **Allgemeines**

Der Casino-Neubau ist im Wesentlichen ein verglaster Stahlbau, der mit gelochten Tafeln aus Aluminium-Guss verkleidet ist.

#### **Statik**

Wände und Decken werden durch ein kreuzweise verschweisstes Raumgitter aus RHS-Profilen (250/400 mm) gebildet, welche durch Fachwerk- und Stahlträgerdecken zusammengehalten bzw. ausgesteift sind. Für die Wände ist das problemlos, weil sie mehrheitlich verglast und die restlichen Felder mit Dämm-Panels abgedeckt sind.

Da sich das Konzertsaal-Gebäude im Wesentlichen über zwei schräge, „lineare“, Tragzonen abstützt, ist die vorgesehene Fachwerkträgerdecke, vor allem bei den zweiachsig wirkenden Auskragungen, eine konstruktiv ungeeignete Lösung. Im vorliegenden Fall ist generell ein nicht mehr zeitgemässer Ansatz hinsichtlich Statik und Konstruktion zu beobachten.

Aus ganzheitlicher Sicht sollte eine betonierte Füllkörperdecke vorgesehen werden. Die verschweisste RHS-Dachkonstruktion, welche zwei und dreiachsige Krümmungen aufweist, deckt nur die statischen Belange ab; die restlichen Randbedingungen einer Eindeckung werden negiert. Die Konstruktion ist rund 1.10 m dick!

Eine Spritzbetonschale auf Streckmetall wäre hier die weit günstigere Lösung.

#### **Wärmedämmvorschriften und Energie**

In der Schweiz und in Deutschland existieren keine experimentellen Versuche über die Energieeffizienz der in Basel gesetzlich vorgeschriebenen Wärmedämmvorschriften. Die Vorschriften richten sich nach der U-Wert-Theorie, die wissenschaftlich noch nicht bewiesen ist. Darum sind die staatlichen Vorschriften unwirksam.

Demzufolge weist das Verwenden und Gutheissen von nicht geprüften Wärmedämmkonstruktionen auf ein gutgläubiges Fachwissen der Bauphysiker hin. Und mit dem Herauskopieren von Bauteilen aus der von Energie Schweiz verbreiteten Broschüre „U-Wert-Berechnung und Bauteilkatalog Sanierungen“, machen die Projektverfasser bekannt, dass sie den Weg des geringsten Widerstandes gewählt haben.

Wird die Gebäudehülle nach den oben beschriebenen Vorschriften dimensioniert und konstruiert, ist mit hohen Betriebskosten im Energiebereich zu rechnen. Man wird eine Klimaanlage einbauen müssen. Sollte sich ein Energiemangel mit reduzierter Heizleistung einstellen, „säuft“ das Gebäude im eigenen Kondenswasser ab!

## **Wärmespeicherung und Schall**

In den Fassaden und im Dach wird der Wärmespeicherung und der Schalldämmung mit entsprechender Baumasse keine Rechnung getragen. Die hinterlüfteten Gussplatten bewirken bei solarer Einstrahlung eine hohe thermische Belastung der teilweise verglasten Fassade und der 3-lagigen, bituminösen Dachdichtung. Gegen Strahlungshitze und Aussenlärm ist eine Flächen-Masse von min. 400 kg/m<sup>2</sup> immer noch das beste Rezept. Die SIA-Norm über den sommerlichen Wärmeschutz ist nicht eingehalten. Auf dem Dach bilden die Befestigungen der Gusstafeln mit ihrer Durchdringung der Regendichtung ein grosses Wasser-Einfluss-Risiko. Ebenso kann sich der Strassenlärm über die Schallbrücken bei den entsprechenden Befestigungen im Fassadenbereich und in den Annexräumen sehr unangenehm auswirken.

## **Fassaden, Fenster**

Die Fassadenkonstruktion beruht auf der Idee, dass gelochte Tafeln aus Aluminiumguss mit einem Service-Abstand vor den Fenstern montiert werden. Der Effekt ist am Tag und nachts sicherlich reizvoll und attraktiv. Allerdings ist mit hohen Kosten zu rechnen. Und: Die Verbindung zwischen Alu-Tafeln und Unterkonstruktion wirkt als Schallbrücke.

## **Feuersicherheit**

Die Dämm-Panels bei Fassade und Dach weisen brennbare Bestandteile auf; in öffentlichen Bauten sollten keine brennbaren Bau- und Werkstoffe eingebaut werden.

## **Gesundheit**

Als Bodenbeschichtung ist ein geschliffener Asphaltbelag vorgesehen. Da bituminöse Bindemittel hohe Anteile an zum Teil giftigen Kohlenwasserstoffen ausdünsten, sollte dieser Werkstoff in Innenräumen nicht verwendet werden. Konzertbesucher könnten z.B. wegen Benzolgasen allergische Reaktionen erleiden. Gegen geschliffene Betonflächen ist nichts einzuwenden.

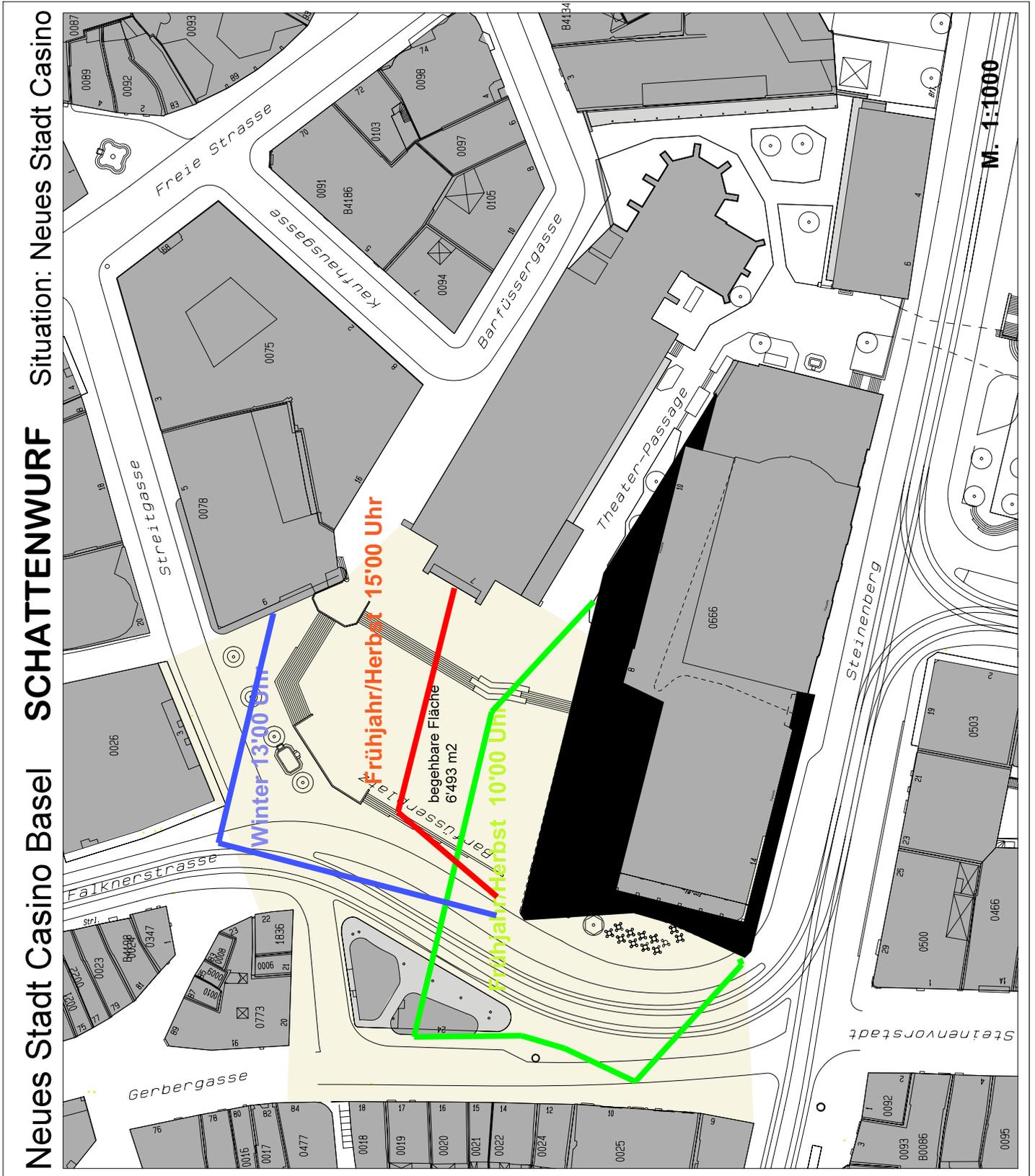
## **Formales**

Abgesehen von der ungewohnten Gebäude*breite* von über 40 Metern, welche durch die Querstellung des Konzertsaales bedingt ist, haben die Gebäude*höhen* - verglichen mit dem Wettbewerbsprojekt - ein vertretbares Mass angenommen. Ein leichtes abdrehen des Konzertsaales im Uhrzeigersinn und eine Verschiebung in östlicher Richtung würde nicht nur eine Rücknahme und Reduzierung der westlichen Gebäudenaesen ermöglichen, sondern auch noch die Abstützungen auf die Fundamentsohle neben dem Birsigtunnel verbessern.

## **Auskernung des Musiksaales**

Der Musiksaal wird ausgekernert, indem der Boden bzw. die Kellerdecke abgebrochen wird. Anschliessend werden die Kellerwände unterfangen und deren Fundamente auf ein tieferes Niveau geführt. Da das Kellergeschoss neu als Verkaufsfläche genutzt werden soll, sind Klimagrenzen durch «Wärmedämmung und Wassersperre» mit den erforderlichen Schutzschichten einzubauen. Bauphysikalisch schwierig ist es, wenn bei den Aussenwänden die Sperrschichten innerhalb des Gebäudes angebracht werden müssen. In der Folge werden Stützen gestellt, auf denen die neue Ortbeton-Kellerdecke aufgelagert wird. Darauf wird der neue Boden des Musiksaales erstellt.

Vergleich zwischen dem bestehenden und dem neuen Stadtcasino:  
Veränderung des Baukörpers im Bereich der Obergeschosse in schwarz.



Originalplan aus "casino2009.ch", ergänzt durch eine Hervorhebung der Obergeschosse, Massstab ca. 1:1000